

Spezialthemen:

- 1. Fachkräftemangel: Estlands kreativer Weg zur Attraktivierung der Berufsausbildung**
- 2. Kritische Analyse: Fiskalische Stabilität angesichts des demographischen Wandels**
- 3. Milieu-Umfrage: 90% wollen eine sozial gerechtere Klimapolitik**
- 4. Studie: 45% der Demenzfälle potenziell vermeidbar**
- 5. Buchvorstellung: Handbuch zur Mobilität in der Erwachsenenbildung**

1. Fachkräftemangel: Estlands kreativer Weg zur Attraktivierung der Berufsausbildung

Der Europäische Sozialfonds Plus (ESF+) soll die Menschen in der EU unterstützen und fördert u. a. Beschäftigungsmaßnahmen. Ein kreatives Beispiel, für was der Sozialfonds genutzt werden kann, lieferte [Estland in einem Projekt](#) von 2015 bis 2023.

Das Projekt richtete sich an die Berufs- und Hochschulausbildung und lieferte Schüler:innen und Student:innen praxisnahe Ausbildungen und Berufserfahrungen. Insgesamt profitierten davon über 20.000 Menschen.

Ein besonderes Augenmerk lag auf der Berufsausbildung, die attraktiver gemacht werden sollte – sowohl bei Schüler:innen als auch bei Arbeitgeber:innen. Dafür wurden jährlich Wettbewerbe in 34 Bereichen und insgesamt 200 Berufswettbewerbe organisiert, bei denen die Wettstreitenden den Titel „Young Master“ gewinnen konnten.

Dazu wurde sogar eine gleichnamige Reality-Show ausgesendet, die momentan in ihrer 5. Staffel läuft. Hier konkurrieren die Auszubildenden im Wettstreit miteinander um den Titel „Young Master“ und die Chance, Estland bei den World-Skills und Euro-Skills Meisterschaften zu vertreten. Die Show war so erfolgreich, dass sie zu einer der meistgesehenen Sendungen Estlands wurde. Evelin Männiste von der Bildungs- und Jugendbehörde erklärt: „The competitions were real and not staged, adding authenticity and excitement. We hope the show has inspired young people to choose vocational education and strive to become experts in their fields.“

Insgesamt wurde das 32 Mio. Euro teure Projekt fast gänzlich vom Europäischen Sozialfonds Plus finanziert. Damit wurde der Fachkräftemangel in Estland aktiv mithilfe der EU angegangen, hat junge Menschen, Unternehmen und Universitäten mit involviert und Berufsausbildungen erfolgreich beworben.

2. Kritische Analyse: Fiskalische Stabilität angesichts des demographischen Wandels

Nachdem im Zuge der Covid-19-Krise die EU-Fiskalregeln ausgesetzt wurden, hat die EU unter dem Titel „[New economic governance framework](#)“ neue Fiskalregeln ausgearbeitet, die mit 30. April 2024 in Kraft traten. Diese Neuauflage der Fiskalregeln stellt den Versuch dar, die spezifische wirtschaftliche Entwicklung der Mitgliedsstaaten stärker in den Analysen der Staatshaushalte zu berücksichtigen. Die

demographische Entwicklung, vor allem die Alterung der Bevölkerung und Migration, wird dabei aber nur mangelhaft berücksichtigt. Das stellt die Stichhaltigkeit der Analysen in Frage.

Das zentrale Instrument der neuen Fiskalregeln ist die sogenannte „Debt Sustainability Analysis“. Das sind mittel- und langfristige Vorhersagen der Staatshaushalte der einzelnen Mitgliedstaaten, die sicherstellen sollen, dass der Schuldenstand der Mitgliedstaaten im Verhältnis zum BIP auf einen plausibel rückläufigen Pfad gebracht wird. Diese Vorhersagen sind allerdings mit hoher Unsicherheit verbunden, die in den Analyseszenarien nicht unbedingt widerspiegelt werden, wie [zwei führende Ökonomen des Europäischen Fiskalausschuss argumentieren](#).

Einige Mitgliedstaaten mit hohen Staatsschulden, darunter Griechenland, Italien, Portugal und Spanien, sind zusätzlich von einer starken Alterung der Bevölkerung und einem Schrumpfen der Erwerbsbevölkerung betroffen. Dies kann in diesen Ländern dazu führen, dass sich die Schuldenquote nicht mehr auf einem plausiblen Abwärtspfad befindet – selbst dann, wenn die Regierungen die in den Fiskalregeln vorgesehenen Haushaltsanpassungen durchführen.

Auch die wirtschaftswissenschaftliche Forschung zur fiskalischen Kapazität bzw. Kreditwürdigkeit von Staaten weist auf einen erhöhten fiskalischen Druck durch die Alterung der Gesellschaft hin. Ältere Generationen neigen nämlich eher dazu, kurzfristig höhere Staatsausgaben politisch zu unterstützen als langfristig nachhaltigere Finanzen. Außerdem führt die Alterung der Bevölkerung tendenziell zu höheren Pensions- und Gesundheitsausgaben. Gleichzeitig kann die Erwartung einer alternden Gesellschaft aber auch zu vorausschauenden fiskalischen Maßnahmen führen.

In einer [Studie von 2022](#) wurden zwei Gruppen von EU-Staaten hinsichtlich ihrer fiskalischen Stabilität vor dem Hintergrund der Bevölkerungsalterung mit Hilfe einer nichtlinearen Zeitreihenanalyse untersucht. Dabei zeigt sich, dass die Gruppe der Krisenstaaten, also die von der Eurokrise direkt betroffenen Staaten Griechenland, Irland, Italien, Portugal und Spanien, schneller in fiskalische Schwierigkeiten geraten und deutlich stärker von der Alterung der Bevölkerung in den Staatsfinanzen betroffen sind. Die andere Gruppe, die Staaten ohne fiskalische Krise, zu denen auch Österreich gehört, verfügt tendenziell über wirksamere fiskalpolitische Mechanismen und Regeln, um den Druck der Bevölkerungsalterung auf den Staatshaushalt abzufedern. Die Nicht-Krisenstaaten haben höhere sozialstaatliche Ausgaben und Einnahmen und gleichzeitig einen durchschnittlich niedrigeren Schuldenstand. Das deutet daraufhin, dass ein stärker ausgebauter Sozialstaat, der durch Abgaben und Steuern finanziert wird, auch fiskalische Krisen und damit auch die zukünftige Alterung der Gesellschaft besser stemmen kann. Insgesamt ist es daher wichtig, die Alterung der Gesellschaft und die finanzielle Stabilität der europäischen Staaten bei den Fiskalregeln miteinzubeziehen.

3. Milieu-Umfrage: 90% wollen eine sozial gerechtere Klimapolitik

Das SINUS-Institut hat für die [Friedrich Ebert Stiftung](#) eine repräsentative [Umfrage](#) in 19 europäischen und nordamerikanischen Ländern zur sozio-ökologischen Transformation durchgeführt. Thema der Befragung waren die Einstellungen und Denkweisen in den verschiedenen gesellschaftlichen Milieus zur sozial-ökologischen Transformation und ihre diesbezüglichen Erwartungen und Ängste.

Der Großteil der Befragten hält den Klimawandel für ein relevantes Thema und hat Ängste vor Klimafolgen wie Umweltkatastrophen, Wassermangel und Artensterben. Die Studie zeigt aber auch, dass 62% der Befragten die Maßnahmen zum Klima- und Umweltschutz sozial ungerecht finden, weil sie besonders Menschen mit geringem Einkommen belasten. So machen sich Milieus mit niedrigem oder mittlerem Sozialstatus viel eher Sorgen über die Folgen einer unausgewogenen Klimapolitik und glauben viel häufiger, dass es ihnen durch klimapolitische Maßnahmen schlechter gehen wird, als Milieus mit hohem Sozialstatus.

Die Studie zeigt also auf, dass für viele Menschen – 84% der Befragten – der Klimawandel ein wichtiges Thema ist, dass sie sich aber einen sozial gerechten Wandel der Wirtschaft und Lebensweise wünschen.

Die RCE Graz-Styria – Zentrum für nachhaltige Gesellschaftstransformation greift genau dieses Anliegen in ihrer [Social Economy Deklaration](#) auf. Sie plädiert für die Social Economy als alternativer Wirtschaftsform, die sowohl ökologisch nachhaltig als auch sozial gerecht wirtschaftet. Der Grundgedanke besteht darin, dass die Wirtschaft im Dienst der Menschen stehen soll, indem sie konkrete Bedürfnisse abdeckt und für alle ein gutes Leben ermöglicht. Sie distanziert sich damit vom Ziel, finanziellen Gewinn zu erwirtschaften. Gewinne sollen nicht für Expansionen verwendet oder an Investor:innen ausgeschüttet, sondern überwiegend reinvestiert werden.

4. Studie: 45% der Demenzfälle potenziell vermeidbar

Demenz ist die dritthäufigste Todesursache und verursacht der Wirtschaft in Europa jährlich Kosten in Höhe von ca. 392 Mrd. Euro. Demenz ist zum Teil genetisch bedingt, wird aber auch durch Lebensstil- und Umweltrisikofaktoren begünstigt. Die [neuesten Forschungsergebnisse](#), die von der [Fachzeitschrift „The Lancet“](#) am 31. Juli 2024 veröffentlicht wurden, zeigen, dass insgesamt 14 Risikofaktoren für Demenz modifizierbar wären.

Es handelt sich dabei um die folgenden „modifizierbaren“ Risikofaktoren:

- Geringes Bildungsniveau
- Hörverlust
- Bluthochdruck
- Rauchen
- Fettleibigkeit
- Depressionen
- Bewegungsmangel
- Diabetes
- Übermäßiger Alkoholkonsum
- Traumatische Hirnverletzungen
- Luftverschmutzung
- Soziale Isolation

- Unbehandelter Sehverlust
- Hoher LDL-Cholesterinspiegel

Bereits 2017 wurden erste dieser Risikofaktoren identifiziert und nun durch weitere ergänzt. Laut „The Lancet“ hängen 45% aller Demenzerkrankungen mit diesen „modifizierbaren“ Risikofaktoren zusammen und könnten daher potenziell vermieden werden.

Der Vertreter von Alzheimer Europe, Jean Georges, betont daher die Wichtigkeit einer politischen Antwort auf die neuesten Erkenntnisse: „Die Entwicklung eines Europäischen Demenzplans nach dem Vorbild des Europäischen Plans zur Krebsbekämpfung ist unerlässlich.“

Einige der Risikofaktoren können etwa durch öffentliche Gesundheitskampagnen angegangen werden, andere – wie die Luftverschmutzung und leistbarer Zugang zu gesunden Lebensmitteln – benötigen ein stärkeres Eingreifen der Regierung.

Die EU-Präsidentin Ursula von der Leyen sieht in ihren [politischen Leitlinien für die kommende Amtsperiode](#) vor, die Arbeit an der Behandlung degenerativer Erkrankungen – zu denen auch die Demenz gehört – zu intensivieren: „Dies wird auf dem erfolgreichen Vorbild des Plans zur Krebsbekämpfung aufbauen.“

5. Buchvorstellung: Handbuch zur Mobilität in der Erwachsenenbildung

Erasmus+ ist ein Programm der EU, das die grenzübergreifende Weiterbildung in verschiedenen Bereichen der Berufsbildung fördert. Weiters ermöglicht das Programm das Lernen und Studieren in europäischen Mitgliedsstaaten. Das Handbuch „[Mobilität Erwachsener Lernender](#)“ bietet eine Hilfestellung zur Planung und Durchführung von Erasmus+-Lernaktivitäten für Erwachsene in den EU-Mitgliedstaaten.

Stellen Unternehmen Weiterbildungsmöglichkeiten für Erwachsene zur Verfügung, können diese Finanzhilfen beantragen. Diese Möglichkeit besteht für Organisationen der Zivilgesellschaft, Nichtregierungsorganisationen, Freiwilligenorganisationen, Beratungszentren, Schulen / Lernzentren für Erwachsene, Bibliotheken, Museen, Kulturzentren, Universitäten, Volkshochschulen, lokale und regionale Behörden, Gemeinde- und Sozialzentren, Wohltätigkeits- und andere Organisationen, die für Menschen mit Behinderungen, Senior:innen, Menschen, die von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht sind, soziale Dienste anbieten, und für Koordinierungsgremien und andere Organisationen, die im Bereich Erwachsenenbildung eine Rolle spielen.

Um eine Förderung von Erasmus+ zu erhalten, müssen einige Voraussetzungen erfüllt werden. Die Voraussetzungen und Modalitäten des Förderantrags für Erasmus+ finden sich im „Erasmus+ Programme Guide“.